Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Girokonto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bez. 20, außerh. 25 ₰, Rekl.-Z. 80 ₰ mit Zus.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größ. Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 60 | Montag, den 14. März 1927. | 85. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 12. März. Abgeordnete sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Kommunisten haben folgenden Antrag eingebracht. Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, dem Deutschen Auslandsinstitut für das Rechnungsjahr 1927 einen einmaligen Beitrag von 50 000 R.M. entsprechend dem für 1926 bewilligten außerordentlichen Beitrag zu gewähren.

Berlin, 12. März. Reichstagspräsident Löbe wird schon in den nächsten Tagen aufstehen dürfen. Die Operationswunde ist fast verheilt. — Iwan Kutisker ist heute vormittag wieder verhaftet und nach der Charité gebracht worden. Er steht, wie die „B. Z. am Mittag" meldet, unter dem Verdacht, daß er beabsichtigt habe, eine Erholungsreise zur Flucht ins Ausland zu benutzen, um auf diese Weise dem Berufungsverfahren zu entgehen.

Hamburg, 12. März. Der Spritschieber Heinrich Schwarz ist in Amsterdam verhaftet und in das Hamburger Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden, wo sich sein Bruder Karl bereits seit längerer Zeit befindet. In Köln und Umgebung sind bei verschiedenen Firmen für die Gebrüder Schwarz schwer belastende Dokumente beschlagnahmt worden.

Zulassungsanträge beim Volksbegehren.

Stuttgart, 11. März. Bei der Sammlung von Unterschriften für die Beantragung der Zulassung von Volksbegehren werden vielfach die Vorschriften der §§ 61 bis 70 der Reichsstimmordnung vom 14. März 1924 nicht beachtet und den Gemeindebehörden mangelhaft unterschriebene Listen zwecks Bestätigung des Stimmrechts der Eingetragenen vorgelegt. Insbesondere kommt es häufig vor, daß ein Familienglied oder ein Hausbewohner nicht nur für sich, sondern auch für die übrigen stimmberechtigten Familienglieder oder Hausbewohner mit unterschrieben hat. Mehrfach wird der Zuname überhaupt nicht ausgeschrieben, sondern durch Anführungsstriche („) auf die vorhergehende Unterschrift verwiesen. Die Gemeindebehörden werden in einer Bekanntmachung des Ministeriums des Innern darauf hingewiesen, daß sie nach den angeführten Vorschriften der Reichsstimmordnung weder verpflichtet noch berechtigt sind, den mangelhaft eingetragenen Personen das Stimmrecht zu bestätigen. Nur wenn einwandfrei feststeht, welches Familienglied oder welcher Hausgenosse sich eigenhändig eingetragen hat, ist für diese Eintragung die Stimmberechtigung zutreffendenfalls zu bestätigen. Es ist nicht Aufgabe der Gemeindebehörden, über die eigenhändige Vollziehung einer Eintragung genaue Ermittlungen anzustellen; vielmehr ist es Sache der Wähler und Wählergruppen, den Gemeindebehörden ordnungsmäßig ausgefüllte Listen einzureichen. Die Gemeindebehörden haben die Bescheinigung über die Stimmberechtigung ferner dann abzulehnen, wenn eine Eintragung keine „Unterzeichnung" darstellt. Eine Unterzeichnung verlangt die Ausschreibung des Vor- und Zunamens. In den Listen sollen auch die Spalten über „Stand, Beruf oder Gewerbe" und über „Wohnung" ausreichend ausgefüllt sein. Fehlt es an diesem Erfordernis, so kommt es darauf an, ob bei der Gemeindebehörde Zweifel über die Person des Eingetragenen bestehen können; sind Zweifel möglich, so ist der Bestätigungsvermerk abzulehnen bis zur entsprechenden Ergänzung der Liste; ist über die Persönlichkeit kein Zweifel, was namentlich in kleineren Gemeinden zutreffen wird, so ist die vorhandene Stimmberechtigung zu bescheinigen.

Das Reichskabinett gegen das Aufwertungsbegehren.

Das Reichskabinett ist, wie das „Berliner Tageblatt" meldet, entschlossen, das Gesetz zur Wiederherstellung des Volksvermögens, das von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungsgeschädigten und der Mieterorganisation eingereicht worden ist, nicht zum Gegenstand eines Volksbegehrens machen zu lassen. Ein dahingehender Kabinettsbeschluß wird gefaßt werden, sobald der Reichsjustizminister Hergt die noch ausstehende juristische Begründung dieses Beschlusses fertiggestellt haben wird.

Die Flottenmuterei 1917.

Berlin, 12. März. Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Ursachen des Zusammenbruchs vernahm den kommunistischen Schriftsteller Willy Sachse, der während der Unruhen auf der Flotte im Jahre 1917 verhaftet und zu Zuchthaus verurteilt wurde. Sachse erklärte, von seinem Zeugnisverweigerungsrecht soweit Gebrauch machen zu wollen, als er von etwaigen Aussagen Nachteile für sich befürchten müsse. Der Zeuge gab eine zusammenhängende Darstellung der von ihm und seinen Gesinnungsgenossen geschaffenen „unterirdischen Organisation" auf der Flotte. Von der Haltung der Sozialdemokratie sei er enttäuscht gewesen, und vom Frühjahr 1915 an habe die Richtung, die eine „klassenbewußte" neue Organisation für nötig hielt und die in dem Abgeordneten Liebknecht ihren geistigen Führer sah, Ausbreitung auf sämtlichen Schiffen der Hochseeflotte gewonnen. Dem leitenden Zentralkomitee gehörte auch Sachse an. Die Bewegung war aber selbständig ohne Verbindung mit Abgeordneten entstanden und behielt diese Selbständigkeit jederzeit bei. Ihre propagandistische Nahrung zog die Bewegung aus der Untätigkeit der Flotte und aus der angeblich nicht befriedigenden Ernährung und Behandlung. Zur Zeit der Skagerratschlacht betrug die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder schon über 3000. Die Liste dieser Geheimverbindung wurde von der Flottenleitung gefunden, aber in ihrer Bedeutung nicht erkannt und vernichtet. Nach der Abzweigung der U.S.P. von der Sozialdemokratie sah die Organisation um Sachse in der U.S.P. ihre Partei. Die Matrosen sahen sich genötigt, die Durchführung der auf Einrichtung der Menagekommission bezüglichen Verordnung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts von ihren Offizieren zu erzwingen. Darüber, ob Mannschaften berechtigt seien, in diesem Falle zur Widersetzlichkeit gegen Vorgesetzte zu schreiten, fragten Matrosen wie Reichpietsch und Sachse bei maßgebenden Persönlichkeiten in Berlin an, zu denen auch der Abgeordnete Dittmann gehörte. Sachse bestätigte in der Hauptsache, was Dittmann über Ort und Zeitdauer dieser Aussprache bereits bekundet hat, namentlich daß der Abgeordnete ihn zu beruhigen versuchte und ihn vor unvorsichtigen Handlungen warnte.

Vandervelds Beschwerde unbegründet.

Berlin, 12. März. Zu dem Brief Vandervelds an Dr. Stresemann, in dem der belgische Außenminister die Begnadigung der wegen Ermordung des belgischen Leutnants Graff verurteilten deutschen Polizeibeamten bedauert, wird halbamtlich erklärt, daß der in der belgischen Note gegen das Verhalten der deutschen Regierung erhobene Vorwurf nicht begründet ist. Die Umwandlung der vom Schwurgerichtshof in Stettin über die beiden deutschen Polizeibeamten verhängten Todesstrafe in eine zehnjährige Gefängnisstrafe entspricht der in derartigen Fällen befolgten Gnadenpraxis der deutschen Justiz und darf in der Tat für eine angemessene Sühne angesehen werden. Die Verpflichtung, die die deutsche Regierung der belgischen Regierung gegenüber übernommen hat, ist daher in jeder Beziehung eingehalten worden. Die belgische Note wird entsprechend beantwortet werden.

Ausland.

Eine Massenverhaftung in Italien.

Rom, 12. März. In Livorno wurden nach dem „Messaggero" gestern 80 Anhänger umstürzlerischer Parteien verhaftet, die unter dem Deckmantel einer Konsumgenossenschaft Versammlungen abhielten. Es sollen bei einer Haussuchung in dieser Genossenschaft 2000 Rubel gefunden worden sein.

Eine „rote Armee" in England.

London, 12. März. Ein kommunistisches Komplott von bisher in England noch unbekannten Ausmaßen wird heute in der „Morning Post" enthüllt. Das Blatt veröffentlicht ein vertrauliches Flugblatt der englischen kommunistischen Partei, in dem die Mitglieder zur Bildung eines Arbeiterverteidigungskorps aufgerufen werden. In dem Flugblatt heißt es dann: „Die Gefahr einer bewaffneten Intervention in China und die Möglichkeit eines Bruches mit Sowjetrußland eröffnen den Ausblick auf eine neue Krise in ähnlichem Ausmaße, wie die vergangene. Der Widerstand gegen den Krieg und die Propaganda in den Reihen der Armee über die wirkliche Bedeutung des Krieges muß schon heute vorbereitet werden." Ueber das Wirken des kommunistischen Verteidigungskorps selber sind Einzelheiten nicht bekannt geworden.

Eine amerikanische Ankündigung an Mexiko.

Washington, 11. März. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den Präsidenten Calles davon verständigt, daß das Verbot der Waffenausfuhr nach Mexiko am 1. April aufgehoben werden wird, falls die mexikanische Regierung bis dahin dem Verlangen nach einem Schutz der amerikanischen Eigentumsrechte in Mexiko nicht nachgekommen sei. In hiesigen Regierungskreisen wird erklärt, es bestehe nicht die Absicht, die Dinge zum äußersten kommen zu lassen, falls dem Verlangen genügt werde.

Aus Stadt und Bezirk.

(Wetterbericht.) Im Norden befindet sich jetzt Hochdruck, der indessen wegen einer Depression im Südwesten nicht voll zur Geltung kommen kann. Für Dienstag und Mittwoch ist zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Dennach, 12. März. Heute mittag gegen 1 Uhr fiel das zweijährige Söhnchen des Sägers Hubert Volle in einem unbewachten Augenblick in die Abortgrube des Gasthauses zum „Hirsch" und mußte elend ersticken. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Württemberg.

Nagold, 13. März. (17% Umlage.) Das Jahr 1926 schließt für die Stadtpflege mit einem Abmangel von 173 552 Mark ab. Das Gesamt-Rat ster für 1926 beträgt nur 615 000 RM. gegenüber 680 000 RM. im Jahre 1925. Zur Deckung des gesamten Abmangels wäre eine Umlage von 28% erforderlich. Der Gemeinderat beschloß einstimmig eine solche von 17%, gegenüber einer solchen von 13% im Vorjahr. Der ungedeckte Abmangel von rund 69 000 Mark wird dem Ausgleichsstock angemeldet.

Dürrmenz, OA. Maulbronn, 13. März. (Gemeine Tat.) Ein hiesiger Hilfsarbeiter, der seinem Arbeitskollegen den Wochenlohn, den er ihm überbringen sollte, unterschlug und verbrauchte, wurde ins Maulbronner Gerichtsgefängnis verbracht.

Dürrmenz-Mühlacker, 12. März. (Verkauf der Kunstmühle.) Die in letzter Zeit gepflogenen Verhandlungen der Firma Gebr. Bauer, Kunstmühle A.-G. Mühlacker mit der Gemeinde Dürrmenz-Mühlacker und dem Gemeindeverband Elektrizitätswerke Enzberg-Mühlhausen über den Kauf des Mühlenanwesens haben sich zerschlagen, weil durch den Eigentumsübergang eine für Käufer und Verkäufer vollständig untragbare steuerliche Belastung entstanden wäre.

Bietigheim, 12. März. (12 Prozent Umlage. — Schulhausbau.) Nachdem das Finanzamt in den letzten Tagen die Gewerbekataster festgestellt hat, konnte der Gemeinderat den schon länger vorbereiteten Etat verabschieden. Unter Verwendung von 92 000 Mark Restmittel konnte die Umlage auf 12 Prozent festgesetzt werden. Mit diesem geringen Umlagefuß dürfte Bietigheim an der Spitze der württembergischen Städte marschieren. — Ferner beschloß der Gemeinderat die Errichtung einer 6. Klasse an der Realschule auf 1. April 1928.

Stuttgart, 12. März. (Vereinigung von Wiblingen mit Ulm.) Dem Landtag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Vereinigung von Wiblingen mit Ulm vorgelegt worden. Darnach wird die Gemeinde Wiblingen, Oberamts Laupheim, mit Wirkung vom 1. April 1927 an von dem Oberamtsbezirk und Amtskörperschaftsverband Laupheim getrennt und unter Zuteilung zu dem Oberamtsbezirk und Amtskörperschaftsverband Ulm mit der Stadtgemeinde Ulm zu einer Gemeinde vereinigt. Mit dem Zeitpunkt der Vereinigung gehen die der Gemeinde Wiblingen auf Grund des öffentlichen Rechts zustehenden Rechte und obliegenden Verbindlichkeiten auf die Stadtgemeinde Ulm über. Die Gemeindebürger von Wiblingen erwerben mit der Vereinigung der beiden Gemeinden das Bürgerrecht der Stadtgemeinde Ulm. Der Entwurf trifft dann noch nähere Bestimmungen über die Auseinandersetzung mit der Amtskörperschaft Laupheim und zwar wegen des Sparkassenvermögens. Außerdem hat Ulm der Amtskörperschaft Laupheim eine einmalige Abfindung von 25 000 Mark zu entrichten. Der in Wiblingen wohnende amtskörperschaftliche Straßenwärter muß künftig von der Stadtgemeinde Ulm entsprechend seiner bisherigen Tätigkeit verwendet werden. In der Begründung des Gesetzes wird darauf hingewiesen, daß bei der im vorliegenden Falle gegebenen Sach- und Rechtslage Zweifel hinsichtlich der rechtlichen Zulässigkeit des Verordnungsweges möglich sei. Deshalb wurde für diese, tief in die Rechtsverhältnisse einschneidende Veränderung, um sie auf eine sichere und unanfechtbare Rechtsgrundlage zu stellen, der Weg der Gesetzgebung gewahrt. Das war umsomehr geboten, als die Amtskörperschaft und die Stadtgemeinde Laupheim Einspruch erhoben haben.

Stuttgart, 11. März. (Warnung vor der Fahnenflucht.) Bekanntlich müssen sich die Soldaten unserer Reichswehr bei ihrem Eintritt nach den Vorschriften des Versailler Vertrags zu zwölfjähriger Dienstzeit verpflichten; diese Verpflichtung bekräftigen sie mit ihrem Fahneneid, und die dauernde unerlaubte Entfernung vom Truppenteil ist heute wie in Friedenszeiten unter schwere Strafen gestellt. Der „minderschwere" Fall wird nicht unter drei Monaten Gefängnis bestraft und wenn etwa mehrere Soldaten miteinanedr die Flucht aus der Reichswehr beschließen, sie ausführen und nachher gefaßt werden, dann müssen sie mit mindestens neun Monaten Gefängnis bestraft werden, auch dann, wenn noch so viele mildernde Umstände vorliegen mögen. Mit einem solchen Fall der gemeinschaftlich unternommenen Fahnenflucht hatte sich das Schöffengericht Stuttgart zu beschäftigen. Angeklagt waren die beiden Schützen Nikolaus Kunzler, der in der Gegend von Saarlouis beheimatet ist und sein Freund Karl Kamp von Bingen. Beide waren in derselben Kompagnie und Korporalschaft im Infanterieregiment Nr. 13 in Ludwigsburg und waren seit Herbst 1925 bei der Reichswehr; sie galten als gute Soldaten und hatten keine Strafe aufzuweisen. Am Abend des 17. Januar d. J. fiel dem Stubenältesten auf, daß beide Zivilkleidung anzogen und er benachrichtigte den Kompagniefeldwebel, als die beiden während seiner Abwesenheit plötzlich die Stube verlassen hatten. Dieser veranlaßte die Festnahme durch die Eisenbahnpolizei, denn es stellte sich heraus, daß sie mit dem nächstmöglichen Zug abgefahren waren. Schon in Bietigheim konnten sie ermittelt, verhaftet und zurückgebracht werden. Die beiden Flüchtlinge stellten in Abrede, daß sie etwa hätten fahnenflüchtig werden wollen. Vielmehr behaupteten sie, daß sie beide zu ihren Eltern — ins besetzte Gebiet — hätten reisen und mit diesen wegen Einreichung eines Dienstentlassungsgesuchs verhandeln wollen. Die Entfernung hätte höchstens drei Tage gedauert. Zu ihren Angaben standen aber verschiedene Tatsachen im Widerspruch, besonders nach der Richtung, daß jeder unabhängig vom andern ausgerechnet am gleichen Tag und zur selben Stunde die Flucht ergriff. Das Gericht verurteilte die Angeklagten wegen je eines Verbrechens der gemeinschaftlich begangenen Fahnenflucht zu der gesetzlichen Mindeststrafe von je neun Monaten Gefängnis und erkannte gleichzeitig auf Dienstentlassung; ein Monat und 20 Tage Untersuchungshaft werden angerechnet.

Böckingen, OA. Heilbronn, 12. März. (Ein Gesuch an den Ausgleichstock.) Stadtschultheiß Alter hat ein Gesuch an den Ausgleichstock ausgearbeitet. Der Gemeinderat gab hierzu seine Zustimmung mit der zuversichtlichen Hoffnung auf baldige wirksame Hilfe. Der neueste Schuldenstand der Stadt beträgt 735 780 Mark. Da eine Rückzahlung der Amerika-Anleihe (200 000 Mark von der Straßenbahn) nicht in Frage kommt, soll um Genehmigung nachgesucht werden, dieses Geld zur Erweiterung bzw. Verbesserung der hiesigen Wasserversorgung verwenden zu dürfen, ferner für Kanalisations- und Wohnungsbauzwecke.

Böckingen, OA. Heilbronn, 12. März. (Böckingen erhält über 11 000 Mark Polizeikosten zurück.) Von den an den Staat bezahlten Polizeikosten in Höhe von 57 728 Mark werden 11 765 Mark wieder zurückerstattet. Bei der Neuregelung wurde ein Kopfsatz von Mk. 2.40 (für Sontheim Mk. 1.80) angesetzt.

Ueberkingen, OA. Geislingen, 12. März. (Landesverband der Wirte Württembergs e. V.) Seit Ende des letzten Jahres ist das Badhotel in Ueberkingen mit dem gesamten Inventar nebst Anlagen in das Eigentum des Landesverbands der Wirte Württembergs übergegangen und wird als Eigenbetrieb geführt. Das Badhotel ist in allen Teilen modernisiert worden. Die baulichen Veränderungen, Instandsetzungen und Verbesserungen werden bis Ende März beendet, sodaß die Neueröffnung vor Ostern erfolgen kann.

Biberach, 12. März. (Ministeriell genehmigte Autolinie Biberach-Ringschnait-Mitteldusch.) Der fahrende Bote Kramer in Mittelbuch hat die Genehmigung des Württ. Innenministeriums zum Betrieb einer Kraftfahrlinie auf der Strecke Mitteldusch-Ringschnait-Jordanbad-Biberach erhalten.

Reutlingen, 13. März. (Weitere Unstimmigkeiten bei der Allgem. Ortskrankenkasse.) Die derzeitige Revision bei der Ortskrankenkasse hat ergeben, daß auch in der Kasse der Zahnklinik Unstimmigkeiten in der Kassen- und Rechnungsführung der letzten Jahre bestehen, über die aber die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist.

Rißtissen, OA. Ehingen, 12. März. (Aufwertung.) Bei der Generalversammlung der Darlehenskasse wurde beschlossen, die bei der Darlehenskasse gemachten Festanlagen mit 12½% aufzuwerten und diesen Betrag den Gläubigern gutzuschreiben. Den älteren und bedürftigen Gläubigern soll ihr Aufwertungs-Betrag bis zu 50 Prozent sofort bar und der Rest in Raten bezahlt werden. Der Umsatz betrug rund eine Million Mark.

Buchau, 12. März. (Heiteres aus der Schulprüfung.) Dieser Tage fand in der hiesigen evangelischen und israelitischen Volksschule die Schulprüfung statt. Der Schulrat läßt das Eigenschaftswort steigern. Ein Schüler spricht: Der Kopf des Sperlings ist dick. Ein anderer: Der Kohlkopf ist dicker. Ein dritter Schüler sagt gut schwäbisch: Em dick Weil seiner isch am dickischte.

Tettnang, 12. März. (Saubere Brüder.) Der verheiratete Maler Paul Klein in Stuttgart, der aus verschmähter Liebe die ledige Verkäuferin Julie Sachs erstochen hat, stammt aus Neukirch, OA. Tettnang, wohnhaft seine Eltern noch leben. Ein Bruder von ihm, der von einem Feldkreuz den Christuskörper herabgerissen hat, endete in der Donau.

Tettnang, 12. März. (Auch ein Lebensmüder.) Ein junger Mann

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

in nächster Nähe Tettnangs hatte am Funkensonntag so intensiv Funken und auch seinen Durst gelöscht, daß ihn das Geld und auch die Lust am Leben ausgingen. Im Zustand höchsten moralischen und auch körperlichen Katzenjammers lenkte der Mann um die Mitternachtsstunde seine schwankenden Schritte dem Ziel der meisten Lebensmüden, dem St. Johannweiher zu. Und nachdem er sich des Rockes und des Hutes entledigt hatte, sprang er auch wirklich hinein. Die kühlen Fluten belebten aber die müden Lebensgeister so energisch, daß der gute Mann tüchtig um Hilfe brüllte und da um diese Stunde an jener Stelle natürlich selten ein Mensch am Wege ist, so blieb dem Lebensmüden nichts anderes übrig, als selbst wieder ans Trockene zu klettern. Und er hatte das weitere Glück, ohne einen Schnupfen an den Funken-Sonntag 1927 zurückdenken zu können.

Mergentheim, 12. März. (Anzeigenschwindler.) In betrügerischer Absicht wurde in der „Tauber-Zeitung" vom Freitag, 25. Februar, eine Anzeige des Inhalts aufgegeben, daß Frau Lechner aus Langenburg für den Unfall ihres Mannes Gg. Lechner von der Schweizer Versicherungszeitschrift „Bilder-Woche" einen Betrag von 2800 Mark ausbezahlt erhalten habe. Frau Lechner hat in Wirklichkeit nichts erhalten. Die Anzeige wurde von den Vertretern der „Bilder-Woche" (Generalvertreter Gebr. Büche-Stuttgart), die in der letzten Zeit in verschiedenen Ortschaften unseres Bezirks Werbevorträge gehalten haben und die Einwohner veranlaßten, die „Bilder-Woche" zu abonnieren, zur Veröffentlichung aufgegeben. Die Landjägerbeamten fahnden nach den Schwindlern.

Vermischtes.

Drei Personen bei Mietstreitigkeiten erschossen. Im Haus eines Bergmanns in Bochum kam es zu schweren Streitigkeiten. Mehrere Mitbewohner zertrümmerten die Wohnungstür und griffen den Bergmann und einen anderen Bewohner tätlich an. Beide gaben auf die Angreifer einige Revolverschüsse ab. Drei Mieter trugen mehrere Kopf-, Brust- und Bauchverletzungen davon und mußten in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht werden. Der Bergmann und seine Eltern wurden verhaftet.

Das besondere Kennzeichen. Eine stattliche Frau erschien kürzlich in Paris auf der Polizeipräfektur, um sich einen Paß ausstellen zu lassen. Der Name, das Alter, der Geburtsort und alle anderen Rubriken wurden sorgfältig ausgefüllt, bis man zu den „besonderen Kennzeichen" kam. Die Polizeibeamtin, ein Mädchen mit Bubikopf, blickt die Inhaberin des Passes fragend an. Die stattliche Frau erwiderte den Blick, griff dann zur Feder und trug als besonderes Kennzeichen ein: „Trägt langes Haar".

Handel und Verkehr.

Hall, 13. März. (Schafmarkt.) Zufuhr 10 Stück Brachlämmer und 90 Stück Jährlinge. Verkauft 33 Stück. Preise für Brachlämmer 54, für Jährlinge 68 Mark pro Paar. Handel etwas flau.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 13. März. Als Staatssekretär a. D. v. Kühlmann gestern mittag um 1 Uhr die Straße Unter den Linden an der Ecke der Wilhelmstraße überschreiten wollte, wurde er von einem Motorradfahrer von hinten erfaßt und im Bogen auf die Straße geschleudert, wo er bewußtlos liegen blieb. Der Motorradfahrer stürzte auf seiner Maschine gleichfalls. Herr von Kühlmann wurde mit einem Schädelbruch in eine Klinik gebracht. Gegen Abend hatte er das Bewußtsein wiedererlangt. Sein Zustand wird als ernst, aber nicht hoffnungslos bezeichnet. Der Führer des Motorrades trug einen Bruch des Nasenbeines davon.

Berlin, 13. März. In der sozialdemokratischen Presse sind schwere Anschuldigungen gegen den früheren Reichskanzler Dr. Michaelis in seiner Eigenschaft als Leiter der Reichsgetreidestelle und als Ernährungskommissar während des Krieges erhoben worden, wonach er seine Stellung dazu benutzt hätte, um seiner Familie ungesetzliche Vorteile in der Ernährung zu beschaffen. Michaelis hat, wie die „Tägliche Rundschau" meldet, nunmehr die Angelegenheit dem Gericht übergeben.

Berlin, 13. März. Die Verhandlungen zwischen der Berliner Staatsanwaltschaft und den Pariser Strafbehörden wegen der Auslieferung des in Paris verhafteten Bankdirektors Kunert sind jetzt zum Abschluß gekommen. Die französischen Behörden werden dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft stattgeben und Kunert ausliefern. Sein Eintreffen in Berlin wird noch in dieser Woche bestimmt erwartet. Paris hat sich mit der Auslieferung nur einverstanden erklärt, weil die Berliner Staatsanwaltschaft Kunert Beamtenbestechung zur Last legt, denn Aktenbeseitigung, wegen deren Kunert hauptsächlich verfolgt wird, kennt die französische Justiz als Delikt nicht. Daher wird gegen Kunert vorläufig auch nur Anklage wegen Beamtenbestechung erhoben werden.

Berlin, 13. März. Der Parteivorstand der Deutsch-Demokratischen Partei ist zum 21. März nach Berlin zu einer Sitzung einberufen worden. Der Parteivorstand wird sich u. a. mit der Tagesordnung des Reichsparteitages und mit dem demokratischen Agrarprogramm zu beschäftigen haben. — Der diesjährige Parteitag der Soz. Partei ist zum 22. Mai nach Kiel einberufen worden. — In der vergangenen Nacht wurden in der Kaiser-Wilhelmstraße drei Schaufenstereinbrecher ergriffen. Sie leisteten bei der Festnahme durch Polizeibeamte heftigen Widerstand. Die Beamten, die von einem der drei mit einem Brecheisen angegriffen wurden, trugen nicht unerhebliche Verletzungen davon. — In einer Gastwirtschaft wurde heute mittag der dritte Dahlemer Banderolenräuber von Polizeibeamten verhaftet. Es handelt sich um einen aus Schlesien gebürtigen Karl Spang, der im vorigen Oktober aus dem Zuchthaus in Brandenburg entsprungen ist. Er leugnete die Teilnahme an dem Dahlemer Diebstahl. Alle Anzeichen sprechen aber dafür, daß er aus dem Erlös der Dahlemer Beute in der letzten Zeit seinen Unterhalt bestritten hat.

Gleiwitz, 13 März. Bei einer geschäftlichen Auseinandersetzung gerieten in der Nacht zum Sonntag der Kaufmann Pollok und der Dentist Hugo Podstolez in Streitigkeiten, die schließlich damit endeten, das Pollok seine Pistole zog und auf seinen Gegner mehrere Schüsse abgab, die ihn sofort töteten. Pollok jagte sich nach der Tat eine Kugel in den Kopf und wurde schwer verletzt in das Städt. Krankenhaus übergeführt, wo er bald darauf verstarb.

Urteil im Disziplinarprozeß Kölling und Hoffmann.

Naumburg, 13. März. Das Urteil im Disziplinarverfahren Kölling und Hoffmann fiel gestern nachmittag um 5 Uhr. Es geht dahin, daß Landgerichtsdirektor Hoffmann mit Strafversetzung und Landgerichtsrat Kölling mit einem Verweis bestraft werden. Der Disziplinarsenat hat in dem Vorgehen der Angeschuldigten in formaler Beziehung einige Dienstvergehen als festgestellt angenommen, weil sie in dem Pressekampf mit der Polizei einer Anordnung des Oberlandesgerichtspräsidenten zuwider gehandelt hätten und auch den Widerstreit der Behörden in Einzelheiten in die Oeffentlichkeit gebracht hätten und dabei die mit Rücksicht auf das Staatsganze von den Beamten einzuhaltende Rücksichtnahme außer acht gelassen hätten. Wie gemeldet wird, soll Berufung eingelegt werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. März. Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird beim Wohnungs- und Siedlungswesen fortgesetzt. Büll (Dem.) erklärt sich als Gegner der Wohnungszwangswirtschaft, der Uebergang zur freien Wirtschaft müsse aber möglichst vorsichtig erfolgen. Hüttmann (Soz.) glaubt nicht, daß die private Bautätigkeit die Wohnungsnot beheben könne. Berichterstatter Paeth (Dn.) ersucht namens des Ausschusses um Ablehnung der Anträge zur Aenderung der Mietgesetzgebung. Winnefeld (D. Vp.) erklärt, seine Partei sei von jeher Gegner der Wohnungszwangswirtschaft gewesen. Die Hausbesitzer befänden sich ebenso in einer Notlage wie die Mieter. Die Deutsche Volkspartei bekämpfe jede übermäßige Mietsforderung. Heute habe man das auszubaden, was die Sozialdemokraten eingebrockt hätten. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bezeichnet den Wohnungsbau als eine wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit ersten Ranges. Die Zwangswirtschaft sei auf die Dauer unhaltbar. Die Neubaukosten müßten unbedingt gesenkt werden. Voraussetzung zur Erfüllung dieser Forderungen sei die stärkere Beteiligung des privaten Kapitals im Neubau. Voraussetzung zur Heranziehung des Privatkapitals zum Wohnungsbau sei wiederum die schrittweise Annäherung der gesetzlichen Miete an die wirtschaftlich tragbare Miete. Härten seien natürlich nicht ganz zu vermeiden. Die Zeit für eine Mietssteigerung sei heute günstiger als im vergangenen Jahre, da die Löhne eine stetige Tendenz hätten. Der Reichsarbeitsminister könne die preußische Verordnung über die Freigabe der gewerblichen Räume nicht aufheben, da es sich um eine Sache der Länder handle. Das Ministerium werde jeden Wucher bekämpfen. Kröger-Rostock (Soz.) fordert Einstellung von acht Millionen zur Förderung des Wohnungsbaus für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene in den Etat. Tremmel (Ztr.) erklärt, das Mietsverhältnis zwischen Miete und Neubaukosten werde sich erst ändern, wenn die Mieten 145 Prozent der Friedensmiete erreicht haben. Die Linke wolle mit ihren Anträgen das Volk nur aufhetzen. Jeder Mietswucher müsse energisch bekämpft werden. Nachdem noch mehrere Redner zu dieser Frage kurz Stellung genommen hatten, schließt die Aussprache. Es folgen die Abstimmungen. Der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums wird nach den Ausschußbeschlüssen genehmigt. Angenommen wird in zweiter und dritter Lesung ein Gesetzesentwurf der Regierungsparteien, der Richtlinien der Reichsregierung zur Bekämpfung des Mietwuchers für gewerbliche Räume vorsieht. Das Haus vertagt sich auf Montag 2 Uhr mit der Tagesordnung: Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Volkstrauertag.

Berlin, 13. März. Am heutigen Sonntag gedenkt das deutsche Volk in wehmütig dankbarer Erinnerung der Millionen Opfer des Weltkrieges. Halbstock gehißte Flaggen auf Amtsgebäuden und Privathäusern bekunden schon äußerlich den Anlaß der heutigen Feier. Im Mittelpunkt der sieben großen Berliner Veranstaltungen des Volksbunds und der Kriegsgräberfürsorge stand die Feier im Reichstag, an der Reichspräsident v. Hindenburg, die in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichskabinetts, der preußische Ministerpräsident Braun, der Chef der Heeresleitung, General v. Heye, und der Chef der Marineleitung, Admiral v. Zenker, teilnahmen. Der Präsident des Volksbunds, Pfarrer Hinse, feierte in seiner Gedenkrede den Volkstrauertag als den Tag, an dem wir alles vergessen sollen, was uns drückt und sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß der Volkstrauertag als Versöhnungstag des ganzen deutschen Volkes nun bald zum gesetzlichen Feiertag würde. Mit dem Gesang des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden" schloß die eindrucksvolle Feier.

15 Abgeordnete — 5 parlamentarische Gruppen.

Die „Völkische Arbeitsgemeinschaft" im Reichstag, die seinerzeit zustandegekommen war, um die 15 Abgeordneten in einer Fraktion zu sammeln, hat sich vorläufig in folgende fünf Bestandteile aufgelöst: Deutschvölkische Freiheitsbewegung: v. Graefe, Hennin, v. Rammin, Weidenhöfer und Schröder; Nationalsozialisten: Feder, Dr. Frick, Strasser, Dietrich, Reventlow, Stöhr; Volksrechtspartei (Aufwertung): Dr. Beck, Seiffert; Fälle für sich: a) Kube, b) Ludendorff. Das ist das Ergebnis einer — „Einheitsbewegung".

Einigung in der Saarfrage.

Zurückziehung der Truppen spätestens in drei Monaten. 800 Mann Bahnwache. — Inkrafttreten nur in Ausnahmefällen.

Genf, 12. März. Der Völkerbundsrat dürfte noch nie einen Tag erlebt haben, der dem heutigen an dramatischem Verlauf und politischer Bedeutung für Europa auch nur annähernd gleichgekommen wäre. Nachdem am Vormittag der deutsche Außenminister zum ersten Mal in längeren Ausführungen, wenn auch nur in diplomatisch abgewogenen Worten in Anpassung an die Genfer Atmosphäre die empfindlichsten Probleme der westeuropäischen Politik aufgerollt hatte, und als Sprecher der deutschen Interessen aufgetreten war, gab es nach der Mittagspause ein großes Rededuell Briand—Stresemann, das umso sensationeller wirken mußte, als die beiden Außenminister bisher auf dem Wege von Locarno nach Thoiry vor der Oeffentlichkeit sich immer gewissermaßen Arm in Arm gezeigt haben. Als Briand begann, herrschte ein Schweigen im Saale, das jedes Räuspern und jedes Knistern eines Papiers als Störung empfinden ließ. Wenn auch der französische Außenminister alle Künste seiner gallischen Beredsamkeit spielen ließ, so vermochten doch weder die schöne baritonale Färbung seines Organs, noch seine schauspielerischen Gesten darüber hinwegzutäuschen, daß er gegen die sachlich, juristisch und politisch klar und einwandfrei begründeten Darlegungen des deutschen Vertreters nichts zu sagen hatte. Briand versuchte an das Gefühl des Völkerbundsrats für seine Verantwortlichkeit gegenüber einer Bevölkerung zu appellieren, die dem Schutz des Völkerbunds unterstellt sei. Er wollte die Bevölkerung des Saargebiets als eine außerordentlich leidenschaftliche, politisch unruhige darstellen. Er malte das Gespenst von Zwischenfällen und Aufruhr an die Wand. Er bauschte lächerliche Kleinigkeiten aus den ersten Jahren nach dem Kriege fürchterlich auf. Er wollte sich immer wieder auf die Mehrheit der Regierungskommission berufen und die abweichende Meinung des deutschen Mitglieds der Saarkommission, Roßmann, als aus leicht erklärlichen Gründen stammend, beiseite schieben. Auf die speziellen Fragen übergehend, erklärte er, daß es völlig gleichgültig sein müsse, welche Uniform die Leute trügen. „Les uniformes m'en Dien", und er machte eine verächtliche Geste in die Luft, wie immer, wenn er lästige Dinge mit einer Handbewegung beiseite schieben möchte. Er seinerseits würde gern bereit sein, den internationalen Charakter der Truppen sicherzustellen, doch gehöre zu einer individuellen Rekrutierung sehr viel Zeit, und Deutschland läge doch gerade daran, die französischen Truppen in möglichst kurzer Frist aus dem Saargebiet zu entfernen. Eine Aussicht dafür würde nur bestehen, wenn man sich im wesentlichen bei der Rekrutierung auf die Truppen im benachbarten Rheinland stütze. Der internationale Charakter der Besatzung sei durch die Unterstellung unter den Völkerbund gewährleistet. Stresemann habe sich stark auf die Rechtsgrundlagen verlegt. Wenn er an dieser These festhalten würde, so würden dadurch alle bisherigen Beschlüsse des Völkerbundsrats desavouiert, der sich längst auf die Notwendigkeit einer besonderen Bahnpolizeimacht im Saargebiet festgelegt habe. Im übrigen erging sich Briand in kleinen Episodenschilderungen, wobei er sich häufig hinsichtlich der Charakterisierung der Saarbevölkerung widersprach. Er bestand natürlich auf den geforderten 800 Mann und zwar mit der Begründung, daß man schon bei der Bemessung der lokalen Saarpolizei sehr stark von den ursprünglichen Forderungen heruntergegangen sei. Wenn Briand zum Schluß meinte, daß eigentlich keine großen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Forderung der Saarkommission und den Wünschen Stresemanns bestünden, so zeigte er damit, daß er die grundsätzliche Bedeutung dieses Kampfes vor dem Völkerbundsrat absichtlich mißverstehen will. Denn schließlich handelte es sich hier nicht um einige hundert Mann, um Armbinden usw., sondern um die Frage, ob deutsches Land weiter unter dem einseitigen Einfluß einer Macht bleiben soll, die daran interessiert ist, das Land von Deutschland abzutrennen und schließlich um den ganzen Komplex der Rheinlandfrage.

Während der Rede Briands machten sich für den aufmerksamen Beobachter bei Stresemann alle die gewohnten Anzeichen bemerkbar, daß er zu einem rednerischen Schlag ausholen wollte. Sein Gesicht wurde verbissen, seine Hände gestikulierten nervös, er sprach nach rückwärts mit einigen Delegationsmitgliedern und machte sich eifrige Notizen. Er begann seine Entgegnung mit zunächst maßvollen ruhigen Worten, als er die Karikatur richtig stellte, die Briand von der Saarbevölkerung entworfen hatte. Er wurde aber schnell leidenschaftlich, als er überleitend bemerkte, daß er das in den Vordergrund stellen wolle, was ihn außerordentlich bewegt habe. Briand habe gemeint, daß in bewegten Zeiten eine Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht genügen könne. Der

---

Das Haus ohne Lachen

22 Roman von Otto Neufeldt.

Morsbach wechselte noch einige Worte mit seinem Beamten und beendete dann das Gespräch.

„Nach der Beschreibung, die Sie uns gegeben haben, muß er es unbedingt sein, trotz des falschen Namens und trotz einiger Umstände, die auf den ersten Blick befremdlich erscheinen. Eick soll ziemlich elegant gekleidet sein."

„Es muß ein Irrtum sein. Ihr Mann hat sich geirrt!" rief Garrison laut.

Morsbach zuckte die Achseln:

„Kaum, denn der Gentleman in der Taubenstraße ist bereits wiedererkannt."

„Wiedererkannt? Von wem?"

Und Morsbach antwortete langsam, ein wenig schuldbewußt:

„Von der Tochter Endrulaths."

Es war Garrison, als griffe jemand an seinen Hals, er sprang aus seinem Sessel auf.

„Sie haben miteinander gesprochen?"

„Ja, es ließ sich nicht verhindern."

„Wir müssen sofort hin!"

Er hatte seine Feigheit und seine Furcht vor Eick vergessen, als jetzt eine viel größere Gefahr über ihn ihren Schatten warf.

Und wenige Minuten später rasten sie in einem Auto zur Friedrichstadt.

XI.

Der Detektiv hatte mit seiner Vermutung wirklich das richtige getroffen: Luzies planlose Wege durch die Stadt galten Hanns Eick. Sie ließ sich durch sein spurloses Verschwinden und durch die ungenauen Auskünfte, die ihr Vater ihr nur geben konnte, weder in ihrer Hilfsbereitschaft wankend machen noch vor der Mühe zurückschrecken, einen Menschen in dem großen Berlin ausfindig zu machen. Ein gut Teil abergläubischer Hoffnung war in ihr, wenn sie sich jeden Morgen von neuem auf den Weg machte. Sie hoffte voller Zuversicht, daß geheimnisvolle, unsichtbare Fäden, die ihre Liebe und ihr guter Wille weben, Eick eines Tages zu ihr ziehen würden.

Sie war vom frühen Morgen bis zum späten Abend auf den Beinen, streifte unermüdlich die große Stadt ab, ließ sich durch alle vergeblichen Gänge nicht entmutigen.

Von dem Dienstmädchen des Sanitätsrates hatte sie erfahren, daß Eick tatsächlich dort gewesen war. Welches Ergebnis die Unterredung gehabt hatte, erfuhr sie freilich nicht, aber sie konnte sich aus dem Bericht des Mädchens das richtige zusammenreimen. Eick hatte verstört und schnell das Haus verlassen, sie hatte auch von seiner Begegnung mit Eva erfahren und konnte sich also leicht sagen, daß Eick abgewiesen worden war.

Aber mit diesem Besuch bei Fastenrath verschwand Eicks Spur wieder vollkommen.

Luzie nahm ihre Wanderungen wieder auf und wollte nicht daran glauben, daß Eick zugrunde gegangen war. Eine Ueberzeugung, für die sie zwar keinen vernünftigen Grund anzugeben vermocht hätte, ließ sie ihrem Vater gegenüber immer wieder behaupten, daß Eick am Leben sei, und daß er ihr eines Tages, und zwar sehr bald, über den Weg laufen würde. Nur um ihren Vater von seiner Besorgnis zu befreien, ging sie zum Polizeipräsidium und zog Erkundigungen ein, die ihrer Ueberzeugung allerdings recht gaben.

Hundertmal schon hatte sie geglaubt, Eick in einer der verwahrlosten Gestalten zu erkennen, die ihren Weg kreuzten; hundertmal hatte sie ihr Herz bis an den Hals pochen fühlen, und immer hatte sie sich einem Menschen gegenüber gesehen, dem sie niemals in ihrem Leben begegnet war.

Da, eines Abends, es war der fünfte Tag ihres erfolglosen Suchens, sah sie Hanns Eick.

Er kam vom Tiergarten her und überquerte den Königsplatz. Er schlenderte langsam, einen Stock in der Hand, mit gesenktem Kopf über den Fahrdamm und achtete scheinbar auf niemand. Er schien von einem Spaziergange zu kommen, denn seine Stiefel waren bestaubt. Sie war darauf vorbereitet, ihn zerlumpt, abgerissen und schäbig zu sehen. Nun kam ihr ein Herr entgegen, der — nach seiner Kleidung zu urteilen — den besten Kreisen anzugehören schien. Aber es war kein Zweifel möglich: dieser Herr war Hanns Eick! Schon an der Art seines Ganges hatte sie ihn sofort erkannt. Sie mußte sich an einen Baum lehnen, so groß war ihre Erregung, als Eick ihr näher und näher kam. Sie erkannte jeden Zug seines Gesichts, obwohl er sich sehr verändert hatte und seine Züge eingefallen waren. Viel älter erschien er, als er in Wirklichkeit war. Sein Gesicht war grau, und er ging etwas gebückt, tiefe Falten lagen um seinen Mund. In Luzies Herz kam plötzlich ein Mitleid mit diesem einsamen Spaziergänger, der an einer Schuld trug, die andere von ihrer Schulter auf seine gewälzt hatten. Sie sah seine Augen, und die waren die gleichen geblieben. Diese hellblauen Augen erkannte sie sofort. Auch den Mund erkannte sie, wenn er auch ein wenig schmaler geworden war.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gesprochene der These des Versailler Vertrags, der Deutschland in großen Teilen seines Gebiets nur Polizeikräfte erlaube. Die Ratsmitglieder konnten sich offenbar der wirkungsvollen Argumentation nicht ganz entziehen, als Stresemann ausrief: „In welcher Weise ist denn das Deutsche Reich in seinem Industriegebiet wie im Rheinland und im angrenzenden Ruhrgebiet anders gesichert gegen Generalstreik und bolschewistische Unruhen als durch eine Gendarmerie? Wenn im Rheinland und Ruhrgebiet einer Gendarmerie die genügende Autorität zugetraut wird, so könnte man doch etwas von dem Glauben an diese Autorität auf das Saargebiet übertragen." Sehr geschickt war es auch, als Stresemann an die demokratischen Gefühle der Mehrheit dieses Rats appellierte, als er meinte, daß gegenwärtig eine Welle durch Europa gehe, die die Mitwirkung der Bevölkerung ausschließe. Wenn man dieser Welle entgegenarbeiten wolle, wie falsch sei es dann, wenn gerade der Völkerbund in einem Gebiet, das seiner Autorität unterstellt sei, die Mitwirkung des Volkes ausschalten wolle. Das könne doch nicht der Sinn der Treuhänderschaft des Völkerbunds sein. Darum dürften auch die Vorschläge der Regierungskommission des Saargebiets nicht in einer Weise tabu sein, daß man jedem Abänderungsvorschlag mit der These entgegentrete, daß er die Autorität der Regierung schwächen würde. Immer wieder apostrophierte Stresemann seinen Nachbarn zur Rechten in direkter Rede: „Sie selbst, Herr Briand, haben Zeitungsstimmen zitiert, in denen von dem guten Verhältnis der Truppen und der Bevölkerung zueinander die Rede war. Das dürfte doch wohl kein Beweis für einen besonders turbulenten Charakter dieser Bevölkerung sein. Ich möchte, daß die Regelung, die wir hier treffen wollen, getragen wird von der Zustimmung der Bevölkerung. Dazu möchten wir gern beitragen, wenn es möglich wäre, daß der Völkerbundsrat unseren Anregungen und Ergänzungsanträgen zustimmt. Die Schwierigkeiten, dem Bahnschutz einen neutralen Charakter zu geben, sind nicht so groß. Es sind ja auch neutrale Mächte in der Nähe. Wenn Sie, Herr Briand, meinen, daß wir nicht so weit auseinander sind, dann sollte es doch für Sie die Möglichkeit geben, sich auf den Boden unserer Anträge zu stellen, damit die Saarfrage endgültig von der Tagesordnung des Völkerbundes verschwinden kann. Die stärkste Autorität einer Regierung ist immer die Uebereinstimmung der Bevölkerung mit ihrer Regierung."

Chamberlains Druck auf Stresemann.

Briand mußte bis zum vollen Verständnis der Ausführung Stresemanns auf die französische Uebersetzung des durch den deutschen Dolmetscher gegebenen englischen Textes warten. Der französische Völkerbundsdolmetscher brachte alle Nuancen der Stresemannschen Rede in Form und Ton ausgezeichnet zum Ausdruck und zur Wirkung. Während der Uebersetzung merkte man verschiedentlich, wie Briand sich zu persönlichen Gegenbemerkungen zu dem ihm benachbarten deutschen Minister wandte. Dann trat, wie allgemein vorausgesehen wurde, Chamberlain auf den Plan. Wenn man von ihm wenigstens in einigen Punkten Unterstützung des deutschen Standpunktes erwartet hatte, so sah man sich enttäuscht, wie er ein Kompromiß zwischen dem deutschen und französischen Standpunkt zeichnete, erschien das zunächst nur als Rat an den deutschen Vertreter, seine Abänderungsanträge zurückzuziehen und dem Vorschlag der Saarkommission zuzustimmen. Seine Rede war ein einziger starker bewegter Appell, wie er sich selbst ausdrückte, an den deutschen Außenminister, und er arbeitete mit flehender Stimme und mit beschwörenden Gebärden. Seine Stimme erschien mitunter beinahe tränenerstickt. Er erinnerte an den Geist von Locarno und beschwor die Hoffnungen, die man an Locarno geknüpft habe. „Um Gottes willen, Kinder, vertragt Euch doch!" Doch er glaubte, in zwei Punkten völlige Uebereinstimmung zwischen Stresemann und Briand feststellen zu können, nämlich hinsichtlich des baldigen Rückzugs der Truppen und hinsichtlich des nur exzeptionellen Eingreifens des geplanten Bahnschutzes. Was den internationalen Charakter des Bahnschutzes anbetrifft, so verweist auch er auf die angeblichen praktischen Schwierigkeiten und auf den Kostenpunkt. Auch Chamberlain vertritt die Auffassung, daß man nicht unter die Zahl von 800 Mitgliedern für den Bahnschutz herabgehen könne. Er wolle mit allen Mitteln Stresemann überzeugen, daß er in diesen beiden Punkten nachgeben könne und angesichts der Erklärungen Briands in den beiden erstgenannten Punkten sich mit dem Vorschlag der Saarregierung einverstanden erklären könne.

Auf Chamberlain folgte Scialoja, und man gewann nun den Eindruck, daß **der deutsche Außenminister von links und rechts her in die Zange genommen** werden sollte. Sachlich von Bedeutung war in seinen Ausführungen die Anregung, daß man den Präsidenten der Saarregierung darüber befragen möchte, ob er selbst die Zahl von 800 Mann angesichts des Charakters der Saarbevölkerung für notwendig oder nur als ein Maximum bezeichnen könne.

Diese Anregung wurde von Stresemann mit einer formulierten Frage an Herrn Stephens aufgegriffen, und nun kam der erste Redner zu Wort, dessen Ausführungen wenigstens in einigen Punkten der deutschen Auffassung etwas entgegenkamen und vor allem geeignet erschienen, die Argumente Briands völlig zu zerschlagen. Herr Stephens stellte entgegen der von Briand entworfenen Karikatur der Saarbevölkerung ausdrücklich fest, daß diese 750 000 Menschen im Zentrum des zivilisierten Europa eine geradezu musterhafte Ordnung, einen starken Patriotismus und eine ausgesprochene Friedensliebe an den Tag legten. Auch die Gendarmerie, die aus der Saarbevölkerung selbst zusammengestellt sei, stelle eine musterhaft zuverlässige Polizeigruppe dar. Er würde jedes Volk beglückwünschen, das über eine solche Polizei verfüge. Was die Zahl von 800 Mann betreffe, so stelle diese ein Kompromiß zwischen den Ansichten innerhalb der Saarregierung dar. Er selbst bekannte sich aber dazu, daß er persönlich vielleicht nicht auf dieser Höhe bestanden hätte. Er könne aber natürlich als Präsident der Regierung nur die Auffassung der Gesamtregierung wiedergeben. Immerhin könne er sagen, daß man die Zahl 800 als das Maximum des Notwendigen betrachten dürfe. Wenn auch diese Aeußerungen äußerst vorsichtig gehalten waren, so lieferten sie doch immerhin der deutschen Argumentation einige Möglichkeiten. Ein gewisses Entgegenkommen ließ sich auch in den Aeußerungen Vanderveldes erkennen. Er meinte, daß die Zahl 800 vielleicht von Deutschland im Augenblick angenommen werden könnte, wenn man die Hoffnung hege, daß diese Zahl als Maximum anerkannt werde, und daß ein allmählicher Abbau erfolge. Er vertrat die Meinung, daß nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund es auf die Dauer nicht erträglich erscheine, wenn neben einem Franzosen und einem deutschen Saarländer in der Saarregierung drei Vertreter von Mächten säßen, die im Kriege Deutschlands Gegner gewesen seien.

Die Kompromißformel.

Im Anschluß an Vandervelde's Aeußerung ergriff Stresemann nochmals das Wort. Er knüpfte an die letzten Worte Vandervelde's an, als er die Möglichkeit einer Kompromißannahme von deutscher Seite mit der Hoffnung aussprach, daß man in anderen Saarfragen — er spielte auf die in der geheimen Sitzung zu vollziehende Neuwahl der Regierungskommission an — Entgegenkommen zeigen werde. Im übrigen wollte Stresemann die Ergebnisse der Debatte so zusammenfassen, daß zum Uebereinstimmung in drei Punkten bestehe, daß nämlich in kürzester Zeit — Stresemann selbst wünschte einen Termin von drei Monaten als äußerste Frist — die französischen Truppen aus dem Saargebiet zurückgezogen werden sollen, daß weiter der Bahnschutz nicht zu einem ständigen Dienst, sondern nur zum Eingreifen in bestimmten außerordentlichen Fällen bestimmt sei, und daß die zahlenmäßige Höhe von 800 Mann ein Maximum darstellen solle, wobei man der Saarregierung zur nochmaligen Ueberlegung geben werde, ob sie nicht selbst eine weitere Verminderung vorschlagen könne. Stresemann gab seinem schmerzlichen Bedauern Ausdruck, daß es nicht auch möglich gewesen sei, eine Einigung über den internationalen Charakter der Besatzung herbeizuführen. Wenn er als Vertreter Deutschlands doch schweren Herzens zu einer Zustimmung unter der Voraussetzung sich entschließe, daß in einem Annex die neuformulierten deutschen Wünsche dem Vorschlag der Saarregierung angefügt würden, so tue er das aus dem Gesichtspunkt heraus, weil er nicht wolle, daß der Völkerbundsrat bei dem ersten Mal, wo ein Deutscher die Präsidentschaft führe, in die Lage komme, den deutschen Präsidenten zu überstimmen. Er bat Scialoja als Berichterstatter, eine Resolution zu formulieren, die die Ergebnisse der Debatte in dem von ihm gewünschten Sinne zusammenfassen wird, und bat Briand, dann auch seinerseits seine Zustimmung zu geben. Briand erklärte daraufhin, daß er der von Stresemann vorgeschlagenen Vereinbarung zustimmen wolle. Er präzisierte seine Auffassung dahin, daß die Truppen in drei Monaten zurückgezogen werden sollen, wenn bis dahin das von der Saarkommission vorgeschlagene System in Kraft treten könne. Was die Begrenzung der Funktionen des Bahnschutzes auf exceptionelle Fälle betreffe, so seien diese bereits in dem Vorschlag der Saarregierung selbst enthalten. Wenn Briand zum Schluß den Völkerbundsrat zu der Verständigung beglückwünschte und dabei wieder den Geist von Locarno zitierte, so konnte das deutsche Ohr diese Worte doch nur mit sehr gemischten Gefühlen vernehmen, denn der Völkerbundsrat hat doch diese erste große Probe auf das Exempel, das auf dem Weg von Locarno nach Genf gestellt wurde, wenn überhaupt, so nur äußerst mangelhaft bestanden. Man könnte sagen, daß der Vorschlag der Saarregierung ohne weiteren Zusatz angenommen worden wäre, wenn nicht der deutsche Außenminister Gelegenheit gehabt hätte, als Mitglied des Rates mit Einsetzung all dieses diplomatischen Geschicks für die Interessen der Saarbevölkerung einzutreten. Aber was erreicht wurde, ist doch eigentlich nur sehr wenig. Es findet seinen Ausdruck in der Resolution, die von Scialoja formuliert wurde und die dem Vorschlag der Saarregierung als Annex beigegeben wird. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Der Völkerbundsrat nimmt den Bericht der Saarregierung vom 18. Februar 1927 zur Kenntnis, der sich auf die Frage der Freiheit des Transports und des Transits auf den Saareisenbahnen bezieht. Die von der Saarregierung vorgeschlagene Organisation soll in einem Zeitraum von höchstens drei Monaten durchgeführt werden, und die im Saargebiet stationierten Truppen sollen daraufhin sofort zurückgezogen werden. Die Linienkommandantur ebenso wie die Besatzungstruppen sollen der Regierungskommission unterstehen und ihr allein verantwortlich sein. Die Bahnschutztruppen dürfen ihre Funktion gegenüber der Bevölkerung nur bei außerordentlichen Umständen ausüben. Die zahlenmäßige Höhe von 800 Mann soll als ein Maximum angesehen werden. Falls die Regierungskommission zu der Meinung kommt, daß eine Verminderung der Bahnschutzzahl möglich ist, darf sie selbst die notwendigen Maßnahmen ergreifen, ohne sich erst an den Völkerbundsrat wenden zu müssen." Der Bericht wurde vom Völkerbundsrat ohne Debatte einstimmig angenommen.

Die Saarregierung auf ein weiteres Jahr bestätigt.

In der vertraulichen Sitzung, die sich an die öffentliche Sitzung des Rats anschloß, erneuerte der Rat die Mandate der Mitglieder der Saarregierungskommission einschließlich Lamberts um ein weiteres Jahr. Herr Stephens wird im Amt bleiben, bis sein Nachfolger ernannt worden ist und seine Geschäfte antritt. Der Vertreter Deutschlands, Dr. Stresemann, drückte seine Genugtuung darüber aus, daß Herr Stephens es angenommen hat, weiter für einige Zeit im Amte zu bleiben.

Die oberschlesische Schulfrage.

Genf, 12. März. Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen Vormittagssitzung zu dem Protest des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien gegen die Schulentscheidung der polnischen Regierung **die Einführung einer Kontrolle in Oberschlesien für alle Fälle beschlossen, in denen der Besuch der Minderheitenschule zweifelhaft ist. Diese Kontrolle wird dem Präsidenten der gemischten Kommission in Oberschlesien übertragen, der sie gemeinsam mit einem ihm beigeordneten Schweizer Sachverständigen ausübt. Der Schweizer Sachverständige wird vom Völkerbund ernannt. Die Kosten des Sachverständigen hat die polnische Regierung zu tragen. Diese Kontrolle bezieht sich auch auf den Schulbesuch derjenigen Kinder, die die polnische Sprache sprechen, deren Eltern aber den Besuch der Minderheitsschule beantragen.** Diese Regelung bedeutet jedoch lediglich eine Ausnahme-Maßnahme in Anbetracht der gegenwärtigen Lage, die in der Minderheitskonvention von 1920 nicht vorgesehen ist. In keiner Weise werden aber hierdurch die Bestimmungen der Minderheitskonvention von 1922 berührt.

In einer kurzen Schlußansprache drückte Dr. Stresemann noch das lebhafte Bedauern über das Ausscheiden des bisherigen italienischen Untergeneralsekretärs des Völkerbunds Attolico aus. Dr. Stresemann betonte die großen Verdienste, die sich Attolico um den Völkerbund erworben habe. Dieser Erklärung schlossen sich Scialoja, Chamberlain und Titulescu an. Hierauf erklärte Dr. Stresemann die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates für geschlossen.

Rehraus in Genf.

Genf, 13. März. Dr. Stresemann hat gestern dem tschechischen Präsidenten Masaryk einen Besuch abgestattet und ist abends nach Berlin abgereist. Bei seinem Abschied von den zahlreichen Persönlichkeiten, die sich am Bahnhof eingefunden hatten, war er gut gelaunt. „Jetzt fängt sozusagen die Berliner Ratstagung an", sagte er. „Sie wird mir viel Arbeit machen." Nach dem Abschluß der Ratstagung machten Dr. Stresemann und Briand den Pressevertretern widersprechende Mitteilungen über die Thoiry-Politik. Briand erhielt aus Paris eine telephonische Mitteilung des Inhalts, daß sich das Kabinett mit den in Genf erzielten Verhandlungsergebnissen zufrieden erklärt. Briand wird trotzdem im Senat auf einige indiskrete Fragen zu antworten haben.

Das Echo über Genf.

Berlin, 13. März. Wir sind uns wohl alle von links bis nach rechts darüber einig, daß die Ergebnisse der Genfer Ratstagung für Deutschland nicht eben sonderlich befriedigend waren. Darüber wird in den nächsten Tagen, vielleicht selbst in den nächsten Wochen noch allerhand, auch Grundsätzliches, zu sagen sein. Einstweilen vernimmt man nur wenige Stimmen der Rechtspresse. Herr Dr. Stresemann hätte ja in Genf selber erklärt, er handle zunächst ohne Instruktionen durch das Kabinett. Im „Lokalanzeiger" wird dem nun hinzugefügt, im neuen Reichskabinett sei weder von dem oberschlesischen Schul-, noch von dem Saarproblem überhaupt, mit einem Wort die Rede gewesen, der Außenminister hätte seine Kollegen wie die Koalitionsparteien vor vollendete Tatsachen stellen wollen. Seine Nerven hätten nicht ausgereicht, sich bei der Abstimmung in der Saarfrage eine Niederlage zu holen. Deshalb hätte er den Rechtsboden verlassen, was der „Lokalanzeiger" „auf das entschiedenste" ablehnt. Noch schärfer tönt es aus dem verschwisterten „Tag": „Diese Improvisation des Herrn Dr. Stresemann bedeutete eine schwerwiegende Niederlage Deutschlands, die so leicht nicht wieder gut zu machen ist. Wir nehmen an, daß diese klägliche Episode noch Anlaß zu grundsätzlichen Erörterungen geben wird, die den Verantwortlichen vermutlich nicht gerade angenehm sein werden." Die „Deutsche Zeitung" fordert, beiläufig nicht zum erstenmal, rundweg den Kopf Stresemanns: „Daß der Außenminister schleunigst von der Leitung der deutschen Außenpolitik zu verschwinden hat, ist das Allergeringste, was gefordert werden muß. Darüber hinaus aber halten wir den Augenblick für gekommen, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zu erklären." Es scheint uns wesentlich, daß der Leiter der Berliner „Börsenzeitung", der sich bislang zu Dr. Stresemann nicht gerade freundschaftlich zu stellen pflegte, zu dem Urteil kommt, „daß wir bei Berücksichtigung unserer Wehrlosigkeit und der uns aufgezwungenen Bindungen von der deutschen Delegation in achtunggebietender Weise vertreten worden sind. Stresemann selbst hat das Beste dabei geleistet." Um ein gerechtes Abwägen des Für und Wider müht sich die „Tägliche Rundschau". Der Gesamteindruck erscheint auch ihr keineswegs erhebend. Immerhin meint sie, in der polnischen Frage sei man zu einem befriedigenden Ausgleich gekommen, und was die Bahnschutztruppen im Saarland angeht, „zu einem großen Fortschritt." „Man wird es im Saargebiet mit Dankbarkeit empfinden, daß ihm nunmehr im Völkerbundsrat in der Person des deutschen Außenministers ein ebenso gewandter wie hartnäckiger Verteidiger erstanden ist, dessen Stimme Gewicht hat bei den Nationen des Rats und der denn auch im wesentlich die saarländischen Forderungen durchzusetzen wußte." Immerhin kommt auch das volksparteiliche Organ, das bisweilen auch das des Außenministers ist, zu dem melancholischen Schluß: „Solange die Rheinlandbesatzung in fast unverminderter Stärke auf deutschem Boden steht, ist Locarno ein Wort, das der Erfüllung weit entrückt ist."

Befriedigung in Paris.

Paris, 13. März. Einige politische Persönlichkeiten des Quai d'Orsay aus der unmittelbaren Umgebung Briands erklärten heute einem Pressevertreter gegenüber: „Der diplomatische Erfolg, den Frankreich in der Saarfrage in Genf davongetragen hat, ist sehr erfreulich. Solange die Besetzung des linken Rheinufers andauert, ist es für uns wichtig, die Kontrolle über die Verbindungen mit dem Eisenbahnknotenpunkt Saarbrücken zu besitzen. Nicht weniger wichtig ist es für unsere Wirtschaft, daß die Ausbeutung der Kohlengruben in aller Ruhe vor sich gehen kann. Das Saarland bildet für den französischen Handel ein vorzügliches Absatzgebiet, das sich seiner Bedeutung nach unmittelbar an die europäischen Großmächte anschließt. Zweifellos wird das Problem in drei Monaten von neuem aufgerollt. Aber im Augenblick werden die von den Militärbehörden geforderten 800 Mann aufrecht gehalten. Wir sind sicher, daß man sie nicht reduzieren wird. Diese Truppe wird aus Franzosen, Engländern und Belgiern zusammengesetzt sein. Briand hat daher einen persönlichen Erfolg erzielt, über den man sich freuen darf und der die in den Völkerbund gesetzten Hoffnungen erfüllt hat." Mit wenigen Ausnahmen wird in hiesigen politischen Kreisen diese Auffassung des Gewährsmanns am Quai d'Orsay bestätigt. Trotzdem man mit einem Sieg der französischen These rechnete, zeigt man sich vom Abschluß der Völkerbundstagung doch befriedigt, mit dem Hinweis darauf, ein Mehrheitsvotum des Völkerbundsrats gegen diese deutsche Auffassung wäre für die französisch-deutsche Zusammenarbeit nicht förderlich gewesen. Im „Temps" wird bestätigt, daß durch die gestrige Resolution die Interessen Frankreichs vollkommen gewahrt bleiben. Besonderen Nachdruck legt das Blatt ebenfalls auf die Feststellung, daß die Bahnschutztruppe entgegen den Forderungen Deutschlands einen militärischen Charakter besitze und nicht etwa aus internationalen sondern aus interalliierten Elementen zusammengesetzt sein werde.

Die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets und die Genfer Beschlüsse.

Saarbrücken, 13. März. Die Sozialdemokratische Partei des Saargebiets hat auf ihrem heute hier abgehaltenen Parteitag eine Entschließung angenommen, in der sie erklärt, das in Genf abgeschlossene Kompromiß könne nur als eine Etappe angesehen werden auf dem Wege einer weiteren deutsch-französischen Verständigung und damit zum Ziele der endgültigen Rückführung des Saargebiets an Deutschland.

Verbrecherschlacht im Chicagoer Zuchthaus.

Newyork, 13. März. Sechs zum Tode verurteilte Gefangene versuchten, wie aus Chicago gemeldet wird, im dortigen Zuchthaus einen wilden Aufstand. Drei Zuchthäusler, die unerklärlicherweise über Ausbruchswerkzeuge und Waffen verfügten, nahmen plötzlich den Wächter ihres Stockwerks gefangen und eilten dann in das obere Stockwerk, um drei Kumpane zu befreien. Da die Schlüssel nicht paßten, schoben sie den Mitgefangenen Waffen und Ausbruchswerkzeuge zu, und eilten dann ins Freie. Drei im oberen Stockwerk befindlichen Zuchthäuslern gelang es gleichfalls, sich zu befreien und ihren Wärter gefangen zu nehmen. Die Ausbrecher errichteten darauf im Zuchthaus ein Schreckensregiment, befreiten zahlreiche andere Gefangene verschanzten sich, um der heranrückenden Polizei bewaffneten Widerstand zu leisten. Große Polizeikräfte belagerten das Zuchthaus, wobei es zu einer wilden Schießerei kam, in deren Verlauf vier Beamte schwer verwundet wurden. Das Zuchthaus wurde von der Polizei schließlich gestürmt. Die Ausbrecher konnten nach heftigem Kampf gefesselt werden.

Die Schlacht am Yangtse.

London, 13. März. Die große Schlacht am Yangtse hat den Südtruppen bereits einen großen Erfolg gebracht. Nach den neuesten Berichten erwartet man dort, daß Nanking spätestens in drei Tagen im Besitz der Kantonesen Truppen sein wird. Die Kantonesen Truppen sind bis auf 30 Meilen auf Nanking vorgedrungen. Marschall Sun befindet sich noch in Nanking. Die dortigen Behörden versuchen, so viel als irgend möglich, von ihm zu erhalten. Die meisten seiner Offiziere sollen sich für den Uebergang zu den Kantonesen Truppen vorbereiten. Man erwartet, daß Tschangtschuntschang entgegen seinem bisherigen Plan keinen ernsthaften Versuch machen wird, die Provinz Kiangsu, in der Schanghai liegt, zu verteidigen. Dagegen scheint er Schanghai so lange als möglich halten zu wollen. Aber auch dieser Wunsch soll mehr von seiner Absicht getragen sein, in der Zwischenzeit seine Kasse aufzufüllen.

Die vor Jahresfrist entstandene **„Volkswohl" Krankenunterstützungskasse der Volksheilbewegung, Sitz Dortmund,** hat einen glänzenden Aufschwung genommen. Da die Mitglieder vorwiegend naturgemäß leben und durch die Volksheilvereine und deren Zeitschriften seit Jahren geschult sind, treten Krankheiten viel weniger häufig auf oder werden durch richtige Selbstbehandlung rasch geheilt. Die Kasse der Lebensreformer kann deshalb, wie aus dem Vorhergesagten klar hervorgeht, niedrige Beiträge festsetzen, ohne deswegen in ihren Leistungen hinter anderen Kassen zurückzubleiben. Grundsätzlich wird freie Wahl zwischen Aerzten und beglaubigten Heilkundigen gewährt. Nähere Auskunft erteilt die Bezirksdirektion A. Lützenkirchen, Pforzheim (s. Inserat in der Samstagsnummer).

Sportecke.

Fußball. Die Spiele um die Süddeutsche Fußballmeisterschaft brachten gestern einen einwandfreien Sieg des 1. F.-Cl. Nürnberg gegen die Sp.-V. Fürth mit 3:0. Der württ.-bad. Vertreter, V. f. B. Stuttgart, verlor gegen den F.-Sp.-V. Mainz mit 1:2, während der F.Sp.-V. Frankfurt gegen V. f. L. Neckarau mit 0:2 unterlag.

In der „Runde der Zweiten" gab es gestern zwei Unentschieden: 1860 München gegen Karlsruher F.-V. 0:0 und Eintracht Frankfurt—V. f. R. Mannheim 2:2.

In den Spielen um den Aufstieg in die Bezirksliga siegte der 1. F.-Cl. Birkenfeld gegen den V. f. B. Karlsruhe mit 3:1. (Ausführlicher Bericht folgt morgen.) Uebrige Ergebnisse: Sp.-V. Freiburg—F.-Kl. Villingen 1:0, V. f. R. Gaisburg gegen F.-V. Zuffenhausen 2:3.

Gerichtssaal.

Neuenbürg, 11. März. Vor dem Amtsgericht stand heute der 30 Jahre alte Dienstknecht Gottlieb Breitmaier von

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Pforzheim. Breitmaier war im Sommer 1926 bei dem Handelsgärtner und Holzhändler Gentner in Schwann in Stellung und hat am 26. Juli 1926 seinem Dienstherrn Gentner im Staatswald bei Schwann einen Raummeter Holz im Wert von etwa 20 Mark abgeführt, an den Sodawasserfabrikanten Bechthold in Brötzingen verkauft und das Geld für sich behalten. Breitmaier war der Tat geständig, und erhielt wegen Diebstahls an Stelle von sechs Tagen Gefängnis 30 Mark Geldstrafe, auch hat er die Kosten zu tragen. — Rudolf Lehmann, 31 Jahre alter Kaufmann aus Dresden, hatte sich wegen Betrugs zu verantworten. Lehmann war im September 1926 in Wildbad und hat an verschiedene Personen Zeitschriften verstellt, hiebei Bestellgebühren im Gesamtbetrag von 34 Mark widerrechtlich erhoben und für sich verwendet. Lehmann war der Tat im allgemeinen geständig und wurde wegen fortgesetzten Vergehens des Betrugs mit fünf Wochen Gefängnis und Tragens der Kosten bestraft. — Aron Kilsheimer 51 Jahre alter Viehhändler von Königsbach, hatte wegen Verfehlung gegen das Viehseuchengesetz am 11. Februar 1927 von Seiten des Oberamts eine Strafverfügung in Höhe von 60 Mark erhalten. Gegen diese Strafverfügung erhob Kilsheimer Einspruch und suchte in der heutigen Verhandlung nachzuweisen, daß er von den württ. Bestimmungen keine Kenntnis gehabt habe. Trotzdem ihm das Gericht Antrag auf Zurücknahme seines Antrags gestellt hatte, beharrte Kilsheimer auf seinem Antrag und behauptete, es sei ihm in Pforzheim im Schlachthof gesagt worden, er dürfe das Vieh nach Schwann ausführen. Das Gericht erkannte gegen Kilsheimer auf eine Geldstrafe von 50 Mark und Tragung der Kosten. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß das Gesetz in Württemberg seit 15 Jahren bestehe und daß er sich eben an der Landesgrenze auch mit den Gesetzen des Nachbarstaates vertraut machen müsse. — Hermann Harrer in Pforzheim, 56 Jahre alt, war wegen Körperverletzung zufolge Strafbefehl der Staatsanwaltschaft mit 70 Mark bestraft worden. Harrer stellte Antrag auf gerichtliche Entscheidung, gab aber in der heutigen Verhandlung zu, daß er dem Wilhelm Landwehr in Neuenbürg am 2. November 1926 vor dem Amtsgericht mit seinem Stock einen Schlag versetzt habe. Harrer entschuldigte sich damit, daß ihn Landwehr beleidigt und gereizt habe. Harrer wurde mit 30 Mark evtl. sechs Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten bestraft. Der zur Tat benützte Stock wird eingezogen. — Hugo Esche in Birkenfeld, 24 Jahre alt, hatte sich wegen Erregung öffentlichen Aergernisses zu verantworten. Die Verhandlung fand bei geschlossenen Türen statt und wurde Esche mit 14 Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten bestraft. — Georg Magin, 34 Jahre alter Maurer in Dillweißenstein und Georg Maier, Goldschmied von dort, hatten sich wegen unberechtigten Fischens zu verantworten. Am 6. Januar 1927 traf Ludwig Birkle in Neuenbürg, welcher für Komm.-Rat Schmidt die Fischerei und seine Fischzuchtanstalt besorgt, nachmittags etwa 1 Uhr, den Magin und Maier am Grösseltal unweit der Fischzuchtanstalt von Komm.-Rat Schmidt an. Maier stand einige Meter vom Grösselbach ab und hatte die Juppe des Magin im Arm, auf der Lauer. Magin hatte lange Stiefel an und stand am Bach sich bückend, und die Ufer und Steine ohne Zweifel nach Fischen untersuchend. Beide Angeklagte verweigerten dem Gericht jede Auskunft und gab Magin nur an, daß er nach Kresse und Fröschen sehen wollte. Zeuge Birkle sagte jedoch bestimmt aus, daß Magin seine Hemdarmel ganz hochgestülpt gehabte habe, daß er keine Kresse aber auch keine Frösche bei den beiden gesehen und gefunden habe. Da die beiden Angeschuldigten in letzter Zeit aber schon wiederholt wegen Fischerei bestraft wurden und allgemein als Wildfischer bekannt sind, erkannte das Gericht gegen jeden auf eine Haftstrafe von 14 Tagen und Tragung der Kosten des Verfahrens.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik enthaltenen Eingesandt übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

In der Voranzeige eines Familienabends im „Enztäler" Nr. 59 ist zu lesen: „Familienabend mit musikalischen, gesanglichen und humoristischen Darbietungen (einschließlich Beethoven-Feier)". — Ist's möglich, das Gedächtnis des größten Musikers aller Zeiten und Lande in Form einer humoristischen Darbietung zu feiern? — Das Andenken Beethovens anläßlich der 100. Wiederkehr seines Todestages überhaupt in einem Familienabend unterhaltenden Charakters zu begehen, ist unwürdig des unsterblichen deutschen Tondichters! Denn „Der Name Beethoven ist heilig in der Kunst." (Liszt.) EF-GE.

Bekanntmachung.

über den Handel mit Besen, Besenreis und Weihnachtsbäumen.

§ 1.

Laut Verordnung des Finanzministeriums vom 28. Februar d. J. muß jedermann, der innerhalb des Polizeipräsidiums Stuttgart oder der Oberamtsbezirke Stuttgart-Amt, Eßlingen, Nürtingen, Tübingen und Herrenberg **Besen, Besenreis** oder **Weihnachtsbäume** verkauft, mit einem Zeugnis über den rechtmäßigen Erwerb seiner Ware versehen sein.

§ 2.

Das Zeugnis hat der Ortsvorsteher des Wohnorts des Verkäufers auszustellen.

In dem Zeugnis ist die zum Verkauf bestimmte Holzware nach Art und Größe genau zu bezeichnen; auch muß das Zeugnis neben der Unterschrift des Ortsvorstehers den Tag der Ausstellung enthalten und mit dem Ortssiegel versehen sein.

Ein solches Zeugnis kann zum Verkauf der in ihm beschriebenen Holzwaren innerhalb der dem Tag der Ausstellung nachfolgenden 8 Tage verwendet werden.

§ 3.

Der Ortsvorsteher ist dafür verantwortlich, daß er das verlangte Zeugnis keinem ausstellt, der sich nicht über den rechtmäßigen Erwerb der zu verkaufenden Walderzeugnisse glaubhaft ausgewiesen hat.

Mit besonderer Genauigkeit ist bei Ausstellung der Zeugnisse solchen Personen gegenüber zu verfahren, die wegen Forstdiebstahls (Art. 6 des Forststrafgesetzes) oder wegen gemeinen Diebstahls schon bestraft worden sind.

§ 4.

Wer in den in § 1 genannten Bezirken die dort bezeichneten Waren ohne das vorgeschriebene oder mit einem abgelaufenen Zeugnis zum Verkauf bringt, wird mit einer Geldstrafe von 6 RM., bei Rückfällen mit einer solchen bis zu 30 RM. bestraft.

Zuständig zum Erlaß der Strafverfügung sind die Ortsvorsteher.

Bei Verdacht unrechtmäßigen Erwerbs der Ware hat der Verkäufer außerdem Anzeige an die Staatsanwaltschaft und Beschlagnahme zu gewärtigen.

§ 5.

Vorstehende Verordnung tritt an die Stelle der entsprechenden Verfügung des Ernährungsministeriums vom 16. Februar 1921 (Enztäler 1921 Nr. 57) i. V. mit der Verfügung vom 18. März 1924 (Enztäler 1924 Nr. 71) und vom 17. September 1924 (Enzt. 1924 Nr. 226). Sie gilt für die Zeit bis zum 28. Februar 1931.

Neuenbürg, den 11. März 1927. **Oberamt:** Lempp.

Stadtpflege Neuenbürg.

Aufforderung.

Die **Ausstände** bei der Stadtkasse werden heute allen im Rückstand gebliebenen Schuldern durch besondere schriftliche Aufstellungen bekannt gegeben. Darin sind die **Gemeindesteuern, die bis zum 10. jeden Monats vorauszuzahlen sind**, für das ganze **Steuerjahr 1. 4. 1926/1927** in der uns **vorläufig** bekannten Höhe abgerechnet. Die Wasserzins- und Lichtgeldrückstände werden besonders und in den nächsten Tagen ausgeschrieben.

Ich fordere alle in Betracht kommenden Schuldner auf, zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten die **Rückstände bis 31. März 1927** an die Stadtkasse unter Vorzeigen des Steuerzettels zu zahlen.

Wenn die Zahlung aus irgend einem Grunde nicht geleistet werden kann, ist dies zur Begründung eines Stundungsantrags bei der Stadtkasse vor 31. März 1927 vorzubringen.

Kassenstunden: Vormittags 8—12 Uhr und Montags den ganzen Tag. **Stadtpfleger Essich.**

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Dienstag den 15. März, abends 6½ Uhr.

Tagesordnung:
1. Bausachen.
2. Rechnungssachen.
3. Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

Arnbach.

Zwei jährige

Ziegen

und ein 14 Monate altes

Rind

hat zu verkaufen **Karl Bertsch.**

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Straßensperre.

Wegen Umbaues ist die **alte Pforzheimer** bzw. **Marxzeller Straße** von der Wirtschaft zur „Eintracht" bis zur Wirtschaft zur „Wilhelmshöhe" vom **Montag den 28. März d. J. ab** auf etwa 5 Monate **für jeden Fuhrwerks- und Autoverkehr** gesperrt.

Ortspolizeibehörde: Knodel.

Stangen- und Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde **Ittersbach** versteigert am **Donnerstag, den 17. März ds. Js.** aus ihrem Gemeindewald nachfolgende

Stangen:

225 Baust. I. Kl., 75 II. Kl., 235 Hagst., 40 Hopfenstangen I. Kl., 70 II. Kl., 170 III. Kl., 405 IV. Kl., 975 Rebst. I. Kl., 630 II. Kl., 1315 Bohnenst.

Am **Freitag, den 18. März ds. Js.** kommen zur Versteigerung:

Stammhölzer:

517 Fichtenst. I.—III. Klasse mit zus. 695 80 Fm., 524 Fichtenst. IV.—VI. Kl. mit zus. 181,51 Fm., 52 Fichtenabschn. I.—III. Kl. mit zus. 54,57 Fm., 8 Lärchenst. I.—III. Kl. mit zus. 8,57 Fm., 9 Lärchenst. IV.—VI. Kl. mit zus. 2,67 Fm., 1 Lärchenabschn. III. Kl. mit 0,50 Fm., 41 Eichenst. I.—III. Klasse mit zus. 60 07 Fm., 345 Eichenst. IV.—VI. Kl. mit zus. 167 80 Fm., 24 Buchenst. I.—III. Kl. mit zus. 26,95 Fm., 46 Buchenst. IV.—VI. Kl. mit zus. 26,46 Fm., Hainbuchen 12 St. IV.—VI. Kl. mit zus. 3,68 Fm., Erlen 11 St. IV. und V. Kl. mit zus. 5,36 Fm., 11 Birken III.—V. Kl. mit zus. 6,56 Fm.

Zusammenkunft **jeweils vormittags 9 Uhr** im Rathaus.

Der Gemeinderat.

Verbraucher sichert Euch

Bezirks-Konsum-Verein Neuenbürg.

15 Verkaufsstellen. 15 Verkaufsstellen.

Inserate heben den Umsatz.

Neuenbürg, den 14. März 1927.

Danksagung.

Die überaus vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und beim Heimgang meiner lieben Frau und Mutter, unserer Schwester

Emma Lutz, geb. Weiss,

haben uns von Herzen wohlgetan und sprechen wir hiemit unseren tiefgefühlten Dank aus.

Mart. Lutz.
Theodor Lutz.
Elise, Selma, Ferdinand und
Stefanie Weiss, Hirsau.

Bezirks-Konsumverein

Sehr schöne

Steckzwiebeln

das Pfund zu **60 Pfg.**

Visiten-Karten

liefert rasch und billig **C. Meeh'sche Buchdruckerei.**

Birkenfeld.

Wohnhaus

neost **Scheuer** und schönem **Bauplatz** an der Baumgartenstraße unter günstigen Bedingungen **zu verkaufen.**

Offerten an die Agentur ds. Blattes.

Schwarzwald-Führer

von **Julius Wais**

empfiehlt

C. Meeh'sche Buchhandlung, Inh. D. Strom.

Schömberg.

Verkaufe einen noch gut erhaltenen

Pritschenwagen

mit Aufsatz, sowie ein

Break,

6sitzig.

Matth. Reutschler, Güterbesörderer.

Vertreter

bei hoher Provision gesucht.

Grüßner & Co., Neurode/Eule. Holzrollo — Jalousienfabrik. Neuheiten.

Bezirks-Konsumverein

Zur Konfirmation

empfehlen wir unseren Mitgliedern:

Rotwein
Weißenheimer a. Berg
Liter **1.20** ℳ

Weisswein
Maikammerer
Liter **1.20** ℳ

Weisswein
1924 Diedesfelder
Liter **1.40** ℳ

Bei Mehrabnahme entsprechend billiger.

Hand-Datumstempel

für Kanzleien und Büros sind sofort lieferbar.

C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Zum Eintritt per 1. April suche ich ehrliches, fleißiges

Mädchen,

nicht unter 20 Jahren, in ein Delikatessengeschäft nach Wildbad. Erfahrung im Kochen erforderlich.

Eilofferten mit Bild und Zeugnissen an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw